

POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

Dezember 2004

**VERÖFFENTLICHUNG
KOMMUNISTISCHER GEHEIM-
DIENSTAKTEN SORGT
FÜR DISKUSSION**

Unwetter-Katastrophe zerstört Teil des Nationalparks Hohe Tatra

Das prägende Ereignis der vergangenen Wochen waren für die slowakische Öffentlichkeit eine verheerende Unwetterkatastrophe am 19. November und deren weit reichende Folgen. Im ganzen Land entwurzelten Stürme zahlreiche Bäume, beschädigten Hausdächer, Stromleitungen und parkende Autos und verursachten ein Verkehrschaos. In den Bergen wurden hunderte Menschen durch Sturm und Schneefall bis zum folgenden Tag eingeschlossen. Unter ihnen befanden sich - medial besonders beachtet - 110 Kinder einer Lungenheilstätte und ihre 20 Betreuer. Am sichtbarsten von den Sturmschäden betroffen war ein beträchtlicher Teil des Nationalparks Hohe Tatra. In der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen wurde, dass auch Teile der Niederen Tatra und andere Regionen Schäden erlitten hatten. Die Hohe Tatra ist nicht nur die bedeutendste Tourismusregion der Slowakei. Sie ist als nationales Identifikationssymbol im Staatswappen stilisiert und mit ihrer Erwähnung beginnt die slowakische Nationalhymne. Die Hohe Tatra gleiche einer "Mondlandschaft", beschrieben slowakische Medien das Ausmaß der Katastrophenschäden nach dem Unwetter. Stürme mit einer Windstärke von bis zu 173 km/h

forderten zwei Todesopfer und richteten unermessliche ökologische und wirtschaftliche Schäden an. Innerhalb weniger Stunden wurde im Nationalpark Hohe Tatra ein Waldstreifen von rund 50 Kilometer Länge und knapp drei Kilometer Breite buchstäblich umgepflügt.

Außenminister Eduard Kukan ersuchte die Europäische Union um Hilfe. EU-Umweltkommissarin Margot Walstrom stellte Mittel aus dem für solche Katastrophenfälle vorgesehenen EU-Solidaritätsfonds bereit. Die Hilfszahlungen werden sich aber aller Voraussicht nach verzögern, da sich die exakten Schäden schwer definieren und in ökonomischen Zahlen ausdrücken lassen.

Zahlreiche Firmen kündigten rasch großzügige Spenden an. Auch aus den Nachbarländern, vor allem aus Tschechien, kam spontane Hilfsbereitschaft von öffentlicher wie privater Hand. Naturschutzorganisationen und die Nationalparkverwaltung forderten nach der Katastrophe eine Änderung der slowakischen Forstpolitik.

Veröffentlichung kommunistischer Geheimdienstakten sorgt für Diskussionen

"Die Wahrheit siegt", riefen die Demonstranten der samtenen Revolution, derer alljährlich am 17. November gedacht wird. Am 17. November 1989 hatte in der damaligen Tschechoslowakei das brutale Vorgehen der Polizei gegen demonstrierende Studenten den Sturz des kommunistischen Regimes ins Rollen gebracht. Fast auf den Tag genau fünfzehn Jahre danach kam die slowakische Gesellschaft dieser Forderung einen weiteren Schritt näher. Am 16. November, also am Vorabend des Jubiläumstages, begann das "Institut der nationalen Erinnerung" (ÚPN) mit der Veröffentlichung der kommunistischen Geheimdienstakten im Internet. Bis zum Frühjahr 2005 sollen alle verfügbaren weiteren Akten des Geheimdienstes ŠtB (Štátna Bezpečnosť - "Staatssicherheit") auf diesem Weg zugänglich gemacht werden.

Schon die bisherigen Veröffentlichungen verursachten einen Skandal. In den Mittelpunkt des Interesses geriet - vor allem aufgrund der Berichterstattung der Tageszeitung "Sme" - der Staatssekretär des Bauministeriums Ján Hurný von der "Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union" (SDKÚ) des Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda. Hurný soll nach Aktenlage als Agent und wissenschaftlicher Mitarbeiter eines geologischen Instituts Informationen über einen Kollegen für die ŠtB gesammelt haben. Hurný dementierte, wissentlich mit der ŠtB zusammengearbeitet zu haben. Weitere Stellungnahmen verweigerten er und seine Partei jedoch mit Hinweis auf die als unfair empfundene Berichterstattung mancher Medien, vor allem der Tageszeitung "Sme". Dzurinda warf den Medien in diesem Zusammenhang wiederholt eine

"Hetzkampagne" gegen seine Partei vor und teilte in Rundfunkinterviews mit, Hurný werde "sich auf dem Rechtsweg verteidigen".

Misstrauensantrag gegen Sozialminister Kaník abgewiesen

Ins Visier heftiger medialer und oppositioneller Kritik geriet auch Sozialminister Ľudovít Kaník. Er ist Parteichef der außerparlamentarischen "Demokratischen Partei" (DS), wurde aber von der Dzurinda-Partei SDKÚ in sein Amt nominiert. Die DS hatte auf seine Initiative hin unmittelbar vor den Parlamentswahlen 2002 ihre eigene Kandidatur zugunsten der SDKÚ zurückgezogen. Kaník und sein Bruder, mit dem er gemeinsam unternehmerisch tätig ist, hatten Sozialabgaben in Millionenhöhe nicht entrichtet. Unter umstrittenen Umständen war ein von der staatlichen Sozialversicherung erlassener Bußgeldbescheid aufgehoben worden. Die Entscheidung darüber fiel unmittelbar vor seiner Ernennung zum Minister eben jenes Ressorts, das für die Aufsicht über die Sozialversicherung zuständig ist. Medien und Opposition warfen Kaník vor, als Unternehmer und Sozialminister in einem Interessenskonflikt zu stehen. Die Opposition kritisierte außerdem auch die von ihm initiierte Reform des Pensionssystems und stellte gegen ihn einen Misstrauensantrag. Dieser wurde aber am 14. Dezember von der Parlamentsmehrheit abgewiesen.

KDH skeptisch gegenüber EU-Beitritt der Türkei

Während die Mehrheit der slowakischen Parteien die Entscheidung der Europäischen Union zur Frage eines EU-Beitritts der Türkei positiv aufnahm, zeigte sich die konservative "Christdemokratische Bewegung" (KDH) enttäuscht. In einer Presseerklärung wurde am 17. Dezember wörtlich mitgeteilt: "Die KDH betrachtet die Entscheidung der Europäischen Union zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei als falschen Schritt, der nicht nur der Europäischen Union, sondern auch der Türkei selbst ernsthaften Schaden zufügen kann." Die KDH hatte stets einen EU-Beitritt der Türkei abgelehnt und stattdessen die "privilegierte Partnerschaft" befürwortet. Sie hatte sich auch innerhalb der slowakischen Regierung gegen eine beitriffsfreundliche Haltung positioniert, die vor allem von der liberalen Koalitionspartei ANO vertreten worden war. Die KDH war daher auch mit der von den beiden größeren der vier Regierungsparteien, SDKÚ und SMK, durchgesetzten offiziellen Kompromissformulierung einverstanden: Die slowakische Regierung unterstütze die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt "unter der Bedingung, dass das Land die politischen Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllt". Die Aufnahme von Verhandlungen dürfe nicht eine Garantie für ei-

nen EU-Beitritt der Türkei bedeuten. "Die Verhandlungen können bei Nichterfüllung der Kriterien jederzeit einseitig unterbrochen werden", heißt es in der Erklärung.

Im Unterschied zur KDH war Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda mit der EU-Entscheidung, am 3. Oktober Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen, zufrieden. Er verwies auf die strengen an die Türkei gestellten Bedingungen und betonte, der Beschluss stimme "völlig mit der Haltung der Slowakei überein".

Dzurinda erfreut über Entscheidung zum kroatischen EU-Beitritt

Besonders erfreut zeigte sich Dzurinda aber vor allem über das auf demselben EU-Gipfeltreffen in Brüssel beschlossene Entgegenkommen der EU gegenüber Kroatien. Gerade er persönlich habe sich für die nun erfolgreich beschlossenen günstigeren Bedingungen für Zagreb eingesetzt, teilte Dzurinda nach dem Gipfeltreffen den slowakischen Medien mit und erklärte: "Ich freue mich sehr darüber, dass es uns Slowaken gelungen ist, herausragend dazu beizutragen, dass Kroatien eine bedingungslose Einladung in die Union bekommen hat." Ergänzend bezeichnete Dzurinda die Entscheidung der EU als "Sieg für Kroatien".

Linksparteien vereint

Mitte Dezember erfolgte eine wichtige Neuordnung im Lager der slowakischen Opposition. Die bisher vier sozialdemokratisch orientierten Parteien vollzogen ihre Fusion zu einer vereinten, nichtkommunistischen Linkspartei. Die nach der Wende von Reformkommunisten gegründete "Partei der Demokratischen Linken" (SDĽ) stimmte am 4. Dezember auf ihrem Parteitag in Banská Bystrica (Mittelslowakei) der Selbstaflösung und Vereinigung mit der in allen Meinungsumfragen führenden Oppositionspartei "Smer" (Richtung) zu. Zuvor hatten schon die "Sozialdemokratische Alternative" (SDA) und die noch vom legendären Führer des Prager Frühlings, Alexander Dubček, mit gegründete "Sozialdemokratische Partei der Slowakei" (SDSS) ihrer Vereinigung mit "Smer" zugestimmt. Damit war de facto bereits jene Vereinigung vollzogen, die eine Woche später auf einem "Smer"-Parteitag formell abgesegnet wurde. Die durch die Fusion entstandene politische Kraft wird den Namen "Smer - Sozialdemokratie" tragen und stärkstes politisches Gegengewicht zur regierenden Mitte-Rechts-Koalition unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda sein. Ihr Führer, "Smer"-Gründer Robert Fico, ist seit Jahren der populärste Politiker der Slowakei. Mit manchmal auch populistisch angehauchten Attacken gegen die "unsoziale" und angeblich von Korruptionsskandalen erschütterte Dzurinda-Regierung gelang Fico ein beeindruckendes Kunststück: Erst vor vier

Jahren trat er aus der damals zweitstärksten Regierungspartei SDKÚ aus und gründete dann SMER. Bei den Wahlen 2002 erreichte er auf Anhieb weit mehr Wählerstimmen, als die drei anderen sozialdemokratischen Parteien zusammen.

Zwar führt SMER nach Angabe aller Meinungsforschungsinstitute in der Wählergunst mit großen Abstand, konnte aber bislang (nur zweitstärkste Kraft bei den Europawahlen) die guten Umfragewerte noch nicht bestätigen.

Bratislava, den 26.01.05

Dr. Gehrold
(Leiter des Verbindungsbüros)

Christoph Thanei